



Peter Moser

Ein wahres Füllhorn von Abstimmungsvorlagen

Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 15.5.2011

Die Zahl und Komplexität der Vorlagen an diesem Monsterabstimmungstag übertraf alles bisher gekannte: Einschliesslich sämtlicher Stichfragen stand der beflissene Urnengänger nicht weniger als vierzehn Mal vor der Qual der Wahl.¹ Die Stimmbeteiligung war mit etwa 33% zwar nicht sehr hoch, sie lag aber nur geringfügig unter dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre für rein kantonale Termine (34%).² Die im Vorfeld geäusserte Befürchtung, dass diese geballte Ladung die Stimmbürgerschaft überfordern und damit die Beteiligung drücken könnte, hat sich also nicht bestätigt – ebenso wenig aber auch die Hoffnung, dass das reichhaltige Menu, nach dem Motto „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen“, die Partizipation erhöhen würde.

Die wesentlichen Resultate waren dabei folgende: Bei der Dreifachvorlage zur Änderung des kantonalen Steuergesetzes spielten die komplexen Stichfragen keine Rolle, da alle drei Vorlagen abgelehnt wurden; knapp jene des Regierungsrats mit 49.2% Ja-Stimmenanteil, deutlich die Gegenvorschläge der SP mit 37.4% und der glp mit nur 19.4% Zustimmung. Bei den übrigen Vorlagen fielen die Resultate zumeist erwartungsgemäss aus: Die Revision des KVG-Einführungsgesetzes (55.4%) wurde ebenso wie das neue Finanzausgleichsgesetz klar angenommen (73.8%), während der Gegenentwurf der SVP zu letzterem verworfen wurde (28.8%). Von den Initiativen wurden diejenigen zur Sterbehilfe (15.5%), zum Sterbetourismus (21.6%) und „Für tragbare Krankenkassenprämien“ (38.5%) abgelehnt. Angenommen wurde einzig die „Ja zur Mundart im Kindergarten“-Initiative mit 53.9% Ja-Stimmenanteil.

Was lehren uns die Gemeinderesultate?³ Ordnung in den *embarras de richesse* dieses thematisch sehr disparaten Abstimmungssonntags bringt Grafik 1, welche die Ja-Stimmenanteile der Vorlagen in die politische Landschaft des Kantons Zürich projiziert⁴.

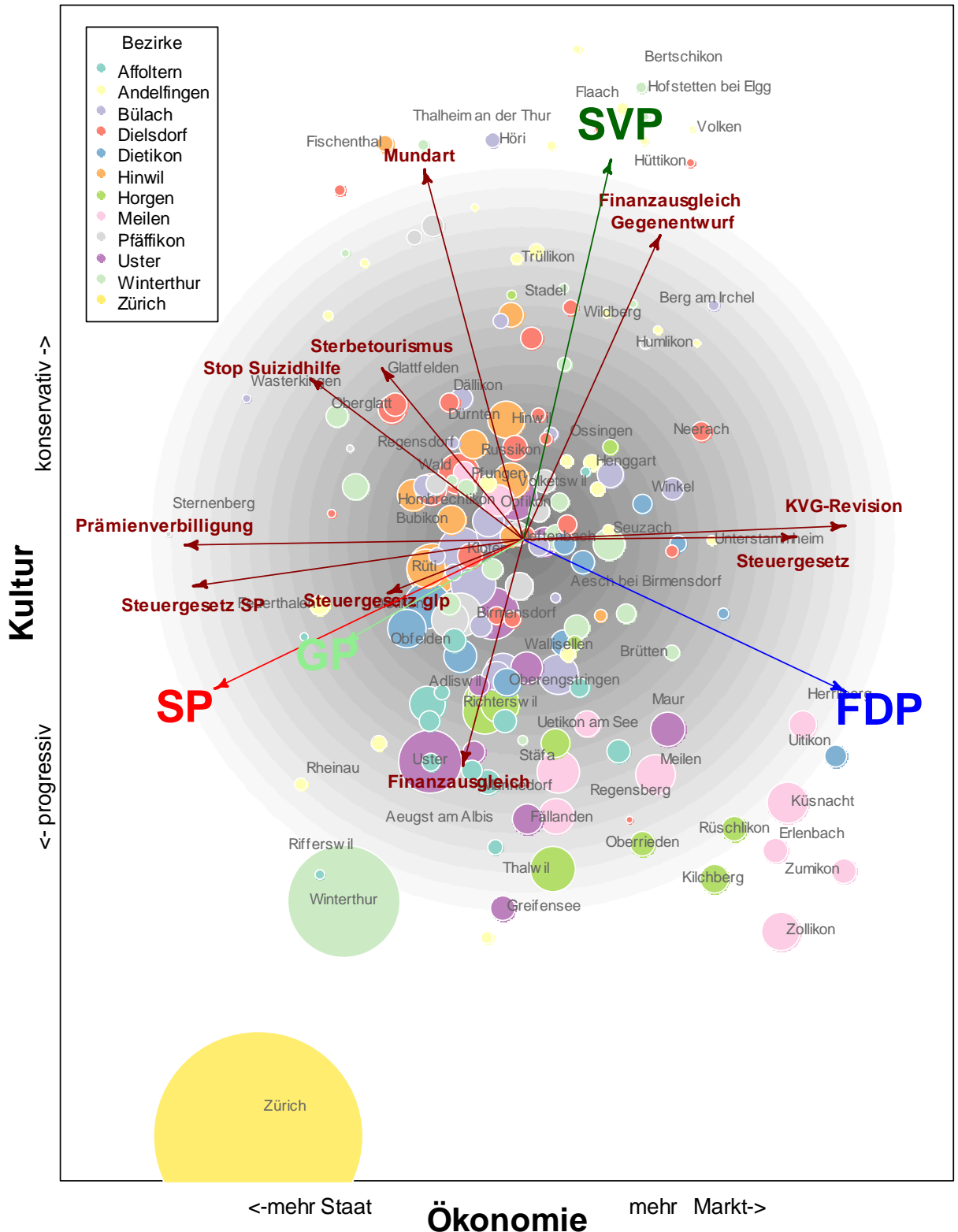
¹ Am nächsten kommt der Novembertermin von 2008; damals waren es aber inklusive Stichfragen nur 12 Vorlagen, davon fünf eidgenössische.

² Sie bilden hier den sinnvollen Vergleichsmaßstab, da die Beteiligung durch gleichzeitige eidgenössische Urnengänge jeweils systematisch erhöht wird.

³ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine sorgfältig durchgeführte demoskopische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse brauchbar – wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, meist übereinstimmen. Siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen am Beispiel der Ständeratswahlen 2007 in (Moser 2008).

⁴ Siehe dazu Moser 2005, 2010 und 2011. Die Darstellung beruht auf den eidgenössischen Urnengängen 2007-2011.

Grafik 1: Die Vorlagen in der politischen Landschaft des Kantons Zürich
 Die Grösse der Blasen ist proportional zur Zahl der Stimmberechtigten, Wählerstärke der Parteien in den Kantonsratswahlen 2011, Ja-Stimmenanteile der kantonalen Vorlagen vom 15.5.2011 (zunehmende Wähleranteile/Ja-Stimmenanteile in Pfeilrichtung)



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Die Pfeile zeigen einerseits die Richtung, in der die Ja-Stimmenanteile zunehmen, andererseits ist deren Länge auch ein Indiz für die Erklärungskraft der beiden ideologischen Faktoren: Je länger der Pfeil (die graue Schattierung erleichtert den Vergleich), desto stärker ist

der Zusammenhang.⁵ So kann abgeschätzt werden, ob, und wenn ja, welche Bedeutung die grundsätzlichen politischen Polarisierungsmuster für den Entscheid hatten.

Analoge Muster bei Steuergesetz und Krankenkassenprämienvorlagen...

Beginnen wir mit jenen Vorlagen, bei denen starke und entsprechend aussagekräftige Zusammenhänge bestehen, und bei denen deshalb vermutet werden kann, dass die ideologisch - und damit einhergehend auch parteipolitisch – unterschiedlich ausgerichteten Bevölkerungsgruppen unterschiedlich entschieden haben.

Dies gilt sehr ausgeprägt für jene vier Vorlagen, welche die gesellschaftliche Umverteilung und damit die Rolle von Staat und Markt zum Gegenstand hatten. Dazu gehört die Hauptvorlage des Steuergesetzes, bei der vor allem die Streichung der höchsten Progressionsstufe zu reden gab, welche die Umverteilungswirkung des Steuertarifs vermindert hätte. Gemäss Grafik 1 war die Zustimmung in den Gebieten mit einer marktwirtschaftlichen, umverteilungsskeptischen Grundhaltung überdurchschnittlich. Dasselbe trifft auch für die KVG-Revision zu, welche zum Ziel hatte, den verteilungswirksamen Kantonsbeitrag an die Krankenkassenprämienverbilligung zu reduzieren. Bei diesem Muster kann man davon ausgehen, dass die Zustimmung der Anhängerschaften der Linksparteien einerseits (unterdurchschnittlich) und der FDP andererseits (überdurchschnittlich) besonders unterschiedlich war, während der Ja-Anteil in der SVP-Wählerschaft, trotz der Ja-Parole, wahrscheinlich nur wenig über dem kantonalen Durchschnitt lag.

Spiegelbildlich dazu ist das Abstimmungsverhalten bei der Prämienverbilligungsinitiative der AL, welche genau das Gegenteil der behördlichen Revisionsvorlage, eine Erhöhung des Kantonsbeitrags, vorsah. Das Gegenstück zur Steuergesetzvorlage der Regierung war der Gegenvorschlag der SP „Tiefere Steuern für Familien“, wie Grafik 1 sehr deutlich zeigt. Eine Analyse, die auch die soziodemographischen Gegebenheiten in den Gemeinden einbezieht,⁶ zeigt übrigens bei allen vier Vorlagen, dass zusätzlich auch der sozioökonomische Status einer Gemeindebevölkerung einen relativ bedeutenden Einfluss auf das Resultat hatte: Je niedriger der Status desto mehr Umverteilung, je höher desto weniger. Der Sozialstatus bemisst sich in unserem Modell wesentlich an der Ausstattung mit finanziellen Ressourcen. Dass diese einen Einfluss auf das Entscheidungsverhalten bei Umverteilungsvorlagen hat, ist plausibel und war auch in der Vergangenheit öfters der Fall.

In nuce enthalten ist die beschriebene Konstellation der räumlichen Verteilung der Zustimmung im Faktum, dass das Abstimmungsverhalten bei allen vier Vorlagen zwischen dem linken Stadtwahlkreis 4+5 einerseits und einer der wohlhabenden, marktliberalen Gemeinden (sei es Zumikon, Erlenbach oder Uitikon) am stärksten kontrastiert.

... der Gegenvorschlag der glp schlägt hingegen aus der Reihe

Die Zustimmung zum Gegenvorschlag der glp kann hingegen mit dem simplen zweidimensionalen Modell der politischen Landkarte kaum erklärt werden. Das zeigt der deutlich kürzere Pfeil in Grafik 1. Hinzu kommt, dass er eigentlich in die „falsche“ Richtung zeigt. Denn auch der Gegenvorschlag der glp – bzw. was davon am Ende etwelcher juristischer Irrungen und Wirrungen noch übrig blieb –⁷ sah, wie auch die Regierungsvorlage, eine Reduktion der Steuerprogression vor. Bei beiden Vorlagen wäre deshalb an sich ein ähnliches Muster zu erwarten gewesen. Ein Zusammenhang mit dem Wähleranteil der einzigen Sponsorenpartei, der glp, ist zwar vorhanden, er ist aber derart schwach ($R^2 = .03$), dass er kein Indiz dafür ist, dass die Wählerschaft der glp anders abstimmte als der Rest der Urnengänger. Und auch der Erklärungswert soziodemographischer Faktoren ist sehr gering.

⁵ Die Länge der Pfeile ist proportional zum R^2 einer Regression des Ja-Stimmenanteils einer Vorlage auf die beiden Achsen der politischen Landkarte.

⁶ Das verwendete Standardmodell ist in Moser 2009b im Detail beschrieben und wurde in den meisten seitherigen Abstimmungsanalysen angewandt und erläutert.

⁷ Vom ursprünglichen Gegenvorschlag der Grünliberalen, der auch eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes umfasste, blieb bloss übrig, dass die oberste Progressionsstufe von 13% anstatt auf 11% (wie beim Vorschlag der Regierung) nur auf 12% abgesenkt werden sollte.

Beim Gegenvorschlag der glp zum Steuergesetz handelt es sich damit für einmal um eine Abstimmungsvorlage, bei der die Gemeinderesultate kein unterschiedliches Abstimmungsverhalten ideologischer oder gesellschaftlicher Gruppen nahelegen – und es ist auch fraglich, ob Umfragen diesbezüglich zu aussagekräftigeren Resultaten führen würden.

Das Ja zur Mundart - eine Frage von Identitätskonzeption und Urbanität

Am klarsten prägt die zweite grundlegende Achse der Zürcher Politlandschaft, der kulturelle Gegensatz „progressiv“ versus „konservativ“, die Zustimmung zur Initiative „JA zur Mundart im Kindergarten“ der SVP. Das erstaunt nicht angesichts der Trägerschaft der Initiative und der Tatsache, dass das Schweizerdeutsche zweifellos zu den zentralen Merkmalen einer traditionellen schweizerischen Identitätsvorstellung gehört. Unterschiedliche Identitätskonzeptionen sind die Wurzel dieses Gegensatzes, der beispielsweise auch bei der Minarettinitiative eine grosse Rolle spielte, bei der das regionale Muster der Zustimmung sehr ähnlich war. Das relativ knappe mehrheitliche Ja zur Mundartinitiative setzt so einen Trend fort und demonstriert, dass eine konservative Identitätskonzeption gegenwärtig weit über die Kernwählerschaft der SVP hinaus Anklang findet. Dies notabene selbst dann, wenn die Stimmbeteiligung mehr als zwanzig Prozentpunkte tiefer liegt, als bei kontroversen eidgenössischen Vorlagen, wie der genannten. Mehrheiten für derartige Vorlagen mit Symbolcharakter kommen also gegenwärtig auch dann zustande, wenn der Mobilisierungseffekt fehlt, von dem das nationalkonservative Lager bei erhöhter Stimmbeteiligung wahrscheinlich profitieren kann.⁸

Zusätzlich eine signifikante Rolle spielt hier (und an diesem Sonntag ausschliesslich hier) auch der soziodemographische Gegensatz zwischen urban-individualisierten und eher ländlichen Gebieten: Die Zustimmung war in den Städten systematisch niedriger als auf dem Land, auch wenn man die ideologischen Faktoren kontrolliert.

Die Reform des Finanzausgleichs zwischen Ideologie und Eigennutz

Gemäss Grafik 1 standen auch die Finanzausgleichsvorlage und der Gegenvorschlag dazu im selben Spannungsfeld wie die Mundartinitiative: Die Ja-Stimmenanteile variieren ebenfalls in der Vertikalen. Da diese Achse mit dem Wähleranteil der SVP eng zusammenhängt, die als einzige Partei die Nein-Parole zum Regierungsvorschlag herausgab und die auch den Gegenentwurf lancierte, verwundert dies nicht. Der Zusammenhang ist allerdings, wie die Länge des Pfeils zeigt, beim Gegenentwurf wesentlich enger als bei der Hauptvorlage. Woran könnte das liegen? Wurden ideologische Beweggründe durch individuelle Nutzenüberlegungen ergänzt und überlagert, wie dies bei kantonalen Geschäften, die sich regional unterschiedlich auswirken, öfters zutrifft?⁹ Denkbar wäre dies, denn eine Neuordnung von Finanzausgleichsströmen löst gegenüber dem Status quo kommunal asymmetrische Veränderungen aus, die sich letztlich in den Steuerfüssen und damit auch der Steuerbelastung niederschlagen sollten.

Die statistische Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Abstimmungsergebnis und den Steuerfussänderungen, die der neue Finanzausgleich gemäss den Modellrechnungen des Gemeindeamtes auslösen könnte, zeigt:¹⁰ Je stärker eine Gemeinde ihren Steuerfuss er-

⁸ Bei der Minarettinitiative legen die Zürcher Daten einen derartigen Effekt nahe (vgl. dazu Moser 2009b). Er manifestiert sich wahrscheinlich auch darin, dass die SVP seit ihrer ideologischen Neuorientierung zu Beginn der 1990er Jahre in den Nationalratswahlen mit ihrer vergleichsweise starken Beteiligung einen etwas höheren Wähleranteil hat als bei den Kantonsratswahlen im Frühjahr desselben Jahres.

⁹ Das Paradebeispiel sind die Flughafenvorlagen; siehe z.B. Moser 2009a.

¹⁰ Wir haben das Standardmodell (siehe Fussnote 6) mit einer zusätzlichen Variablen ergänzt. Es handelt sich um die Differenzen zwischen tatsächlichem und hypothetischem Steuerfuss unter dem neuen Regime gemäss den Modellrechnungen des Gemeindeamtes gemittelt über die Periode 2004 bis 2007 (siehe www.gaz.zh.ch/internet/justiz_innere/gaz/de/reformen/refa/modellrechnungen.html). Der Effekt ist signifikant und vergleichsweise stark (rund 14% der Gesamtvarianz werden erklärt) und auch robust, d.h. er hängt nicht von den Ausreisserresultaten ab, die es bei der Hauptvorlage (u.a. Rifferswil mit nur 6.8% Ja-Stimmenanteil!) vereinzelt gab.

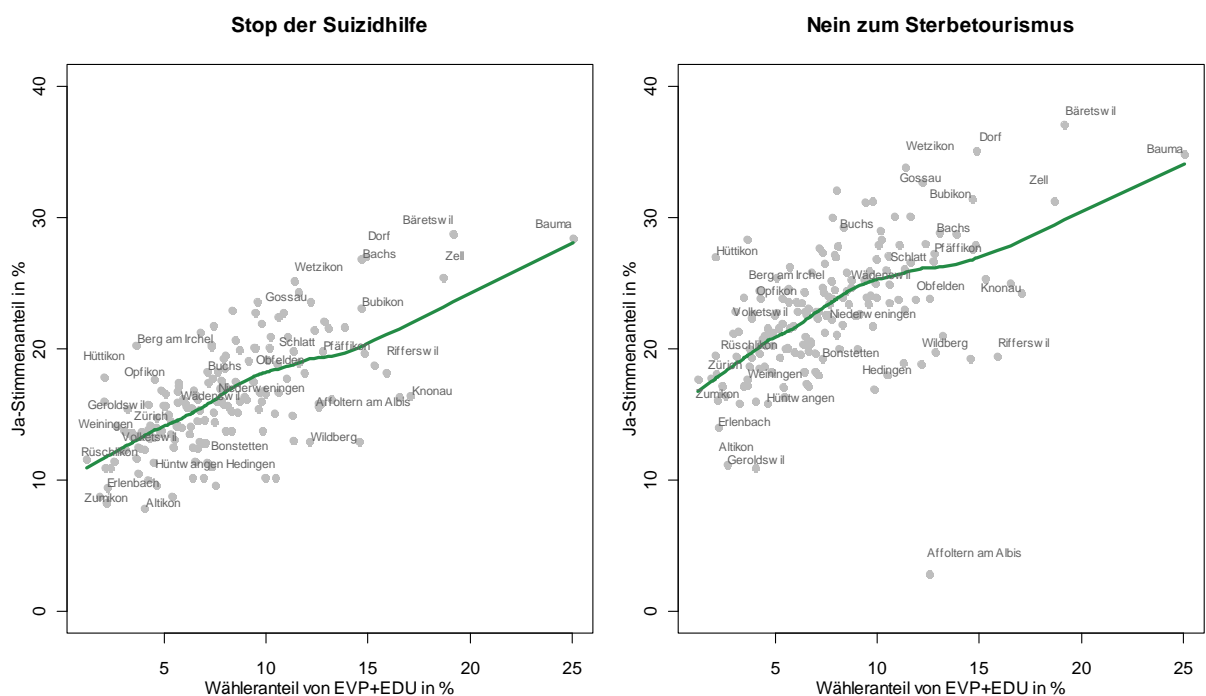
höhen muss, umso geringer war den Ja-Stimmenanteil, selbst wenn man die ideologischen und soziodemographischen Faktoren unseres Standardmodells berücksichtigt. Eine projizierte Steuerfusserhöhung von zehn Prozentpunkten „kostete“ dabei im Schnitt rund vier Prozentpunkte Ja-Stimmenanteil. Die Aggregatsdatenanalyse legt so den Schluss nahe, dass auch derartige individuelle Nutzenüberlegungen den Stimmentscheid beeinflusst haben.

Beim Gegenentwurf ist ein solcher Effekt nicht zu beobachten, wohl weil es dabei primär um die Streichung des Zentrumslastenausgleichs für Städte Zürich und Winterthur ging. Dass die sehr niedrigen Ja-Stimmenanteile in den beiden Grossstädten des Kantons darauf zurückzuführen sind, liegt nahe, lässt sich aber statistisch nicht untermauern.¹¹

Sterbehilfe und -tourismus: für Wenige ein wichtiges Thema

Die Zustimmung zu den beiden Vorlagen, die international am meisten Beachtung fanden, lässt sich in die politische Landschaft nicht klar einordnen, wie Grafik 1 zeigt. Die Ja-Stimmenanteile der beiden Vorlagen korrelieren zwar stark miteinander (sie zeigen deshalb fast in die gleiche Richtung), kaum aber mit einer der Achsen der politischen Landkarte (die Pfeile sind vergleichsweise kurz). Dieser Null-Befund ist vielleicht weniger langweilig, als es auf den ersten Blick den Anschein macht. Denn auch die Debatte um die Sterbehilfe ist normativ geprägt, und auch hier stehen sich ein traditionell-christlicher und eine gesellschaftlich liberaler, moderner Standpunkt gegenüber. Trotzdem scheint die Haltung zu dieser Thematik nur wenig zu korrelieren mit derjenigen zur nationalen Identität, oder auch zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, die an sich in einem verwandten Spannungsfeld stehen. Man mag diese Entkoppelung als Ausdruck einer weit gediehenen religiösen Säkularisierung und Individualisierung der Zürcher Gesellschaft sehen, in der das Tun und Lassen des Individuums politisch nur dann interessiert, wenn argumentiert werden kann, dass es soziale Folgen haben könnte, nicht aber wenn bloss das individuelle Gewissen involviert ist.

Grafik 2: Die Sterbehilfeinitiativen und Wähleranteile von EVP und EDU
Kanton Zürich, Wähleranteile in den Kantonsratswahlen 2011



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

¹¹ D.h. eine Dummy-Variable für die beiden Städte im Standardmodell (siehe Fussnote 6) ist nicht signifikant

Für das gesamte Elektorat gilt dies freilich nicht: Dies zeigt der ausserordentlich starke Zusammenhang des Ja-Stimmenanteils beider Initiativen mit den Wähleranteilen der EVP und der EDU, also der beiden Parteien, welche die Initiativen lancierten und als einzige die Ja-Parole herausgaben (Siehe Grafik 2).¹²

Zwischen den Wähleranteilen kleinerer Parteien und einem Abstimmungsresultat bestehen sehr selten aussagekräftige Zusammenhänge, geschweige denn dermassen deutliche. In diesem Fall ist deshalb sehr wahrscheinlich, dass die Anhänger dieser beiden Parteien sehr geschlossen Ja zu beiden Vorlagen stimmten – was im Übrigen auch ein Hinweis darauf ist, dass die Klammer, welche die Wählerschaften dieser Parteien zusammenhält, die Bindung an traditionell biblisch fundierte Moralvorstellungen ist – und dass diese traditionelle Klammer eine ganz erhebliche Bindungskraft hat, die einer postmodernen Mittepartei wie der glp, wie die Analyse des Resultats ihres Gegenvorschlags zum Steuergesetz oben gezeigt hat, vorderhand wahrscheinlich noch fehlt.

¹² Das um die Wählerstärke der beiden Parteien erweiterte Modell erklärt insgesamt hohe 63% der Varianz der Gemeinderesultate, wovon rund die Hälfte auf die Wähleranteile von EDU (23%) und EVP (10%) entfallen. Für die Berechnung der Effektstärke, bzw. des erklärten Varianzanteils, siehe Grömping (2007 & 2009)

Literatur

- Grömping, Ulrike (2007) „Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition.“ *The American Statistician*: 139-147.
- Grömping, Ulrike (2009). „Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest.“ *The American Statistician*: 308-319.
- Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. statistik.info 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats und Befragungsdaten im Vergleich. statistik.info 2008/04, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009a). Sozial-, Institutions- und Fluglärmpolitik. statistik.info 2009/10, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2009b). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl - Eine Analyse der Zürcher Resultate der Urnengänge vom 29.11.2009. statistik.info 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser, Peter (2010). Wer wählt wen im Kanton Zürich? - Soziale Herkunft und politische Haltungen der Parteiwählerschaften. statistik.info 2010/07, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Moser Peter (2011). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. Neue Zürcher Zeitung, 8.3.2011.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 044 259 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

Telefon: 044 225 12 00
Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2011 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.